

F57291

Hundert Jahre

Rathaus - Korrespondenz

1861 - 1961



HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 1. Dezember 1961

Blatt 2573

Zum Kanalbenutzungsgesetz

1. Dezember (RK) Die Beschlußfassung des Wiener Landtages über das "Gesetz über die Einhebung von Gebühren für die Benutzung und Räumung von Unratsanlagen" am 20. Oktober 1961, hat in der Presse zu dem Mißverständnis Anlaß geboten, daß die Stadt Wien neben den schon bestehenden Landes- und Gemeindeabgaben eine völlig neue Steuer einzuführen beabsichtige. Zweck dieses neuen Gesetzes war vielmehr bloß eine Neuregelung der von der Stadt Wien schon bisher eingehobenen Kanalräumungs- und Senkgrubenräumungsgebühren.

Die bisherige Regelung der Gebühren für die Kanal- und Senkgrubenräumung geht auf ein Wiener Landesgesetz aus dem Jahre 1923 zurück und hat sich insbesondere in den letzten Jahren wegen ihrer Uneinheitlichkeit als sehr unzuweckmäßig erwiesen. So richtet sich die Höhe der Kanalräumungsgebühr derzeit grundsätzlich bei allen vor dem Jahre 1920 erbauten Häusern nach der Höhe des Mietzinses aus dem Jahre 1914, hingegen bei den übrigen Häusern, die durch die gesteigerte Wohnbautätigkeit in Wien schon sehr zahlreich geworden sind, nach der Länge des Hauskanals und der Zahl der an diesen angeschlossenen Aborte. Bei der Senkgrubenräumung richtet sich die Gebühr nach der Menge des Aushubs; hier bestehen aber wieder Begünstigungen für einzelne vor 1920 erbaute Objekte, bei denen die Gebühr

./.

für bestimmte Höchstzahlen jährlicher Räumungen nach dem Jahresmietzins von 1914 bemessen wird. Diese verschiedene Behandlung bei grundsätzlich gleicher Leistung kam auch immer mehr im Gegensatz zur Rechtsprechung der Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts.

Nunmehr soll die Kanalräumungsgebühr, die den zutreffenderen Namen "Kanalbenützungsg Gebühr" erhalten soll, in ganz Wien einheitlich nach der Zahl der Aborte in jedem Haus, daneben auch nach der Größe etwa bestehender Pissoirs bemessen werden. Auch die Senkgrubenräumungsgebühr soll grundsätzlich nach dieser Methode berechnet werden; nur bei besonders starker Inanspruchnahme der Senkgruben soll die Gebühr überdies wie bisher nach der Menge des Aushubs bemessen werden.

Das neue Gesetz enthält zwar eine eingehende Regelung der Gebühren, mußte aber deren Höhe offen lassen. Nach Ansicht des Verfassungsgerichtshofes darf nämlich auf Grund des Finanzausgleichsgesetzes die Entscheidung, in welcher Höhe Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen (also auch Kanalbenützungsg- und Senkgrubenräumungsgebühren) eingehoben werden, nur von der Gemeinde selbst getroffen werden. Die Höhe der neuen Kanalbenützungsg- und Senkgrubenräumungsgebühren wird daher durch den Wiener Gemeinderat festgesetzt werden. Bis jetzt hat der Gemeinderat noch keinen diesbezüglichen Beschluß gefaßt; Spekulationen über die Gebührenhöhe waren daher verfrüht.

- - -

Vergnügungssteuernovelle 1961
=====

1. Dezember (RK) Seit dem Inkrafttreten des Vergnügungssteuergesetzes 1946 haben sich durch die technische, gesellschaftliche und soziale Entwicklung vielfach Änderungen auf allen Lebensgebieten ergeben, die zwangsläufig auch auf den Vergnügungssteuersektor ihre Wirkungen ausstrahlen. Dabei können als augenscheinlichste Beispiele die Musikautomaten, die Geschicklichkeitsautomaten und die Entwicklung des Fernsehens genannt werden.

Von diesen Gesichtspunkten aus gesehen, erweist sich eine Novelle zum Vergnügungssteuergesetz als unaufschiebbar, wobei selbstverständlich auch die neueste Judikatur der Gerichtshöfe des öffentlichen Rechtes zu berücksichtigen ist. Aus Gründen der Steuergleichheit muß aber das Augenmerk auch darauf gerichtet sein, daß künftigen Steuerumgehungen Einhalt geboten wird, wie sie unter anderem bei der steuerlichen Wechselbeziehung zwischen der Besteuerung der Eintrittskarten und der Besteuerung der Konsumation derzeit möglich sind.

Wenn der Vorwurf erhoben wurde, daß die Stadt Wien in der Vergnügungssteuernovelle nur daran denke, die Wirtschaftslage einzelner Berufsgruppen zu verschlechtern, so wird diese Ansicht durch die Tatsachen eindeutig widerlegt, weil gerade die Stadt Wien in den letzten Jahren durch eine Vielzahl von Kreditaktionen, durch umfassende Subventionen im Wege von Steuerrefundierungen und durch Gewährung von bedeutenden Zuschüssen für Musikbetriebe immer wieder zur Förderung dieser Berufsgruppen wesentlich beigetragen hat.

Der Magistratsentwurf über eine Vergnügungssteuernovelle stellt seinem Wesen nach eine Diskussionsgrundlage dar, die den einzelnen Interessenvertretungen Gelegenheit geboten hat, von ihrer Seite aus zu den Problemen der Vergnügungssteuer Stellung zu nehmen. Die hierbei geäußerten Wünsche bedürfen noch einer eingehenden Sichtung und Verarbeitung. Die für die Gesetzgebung zuständigen Organe werden hierauf zu entscheiden haben, welche Lösung letzten Endes den angestrebten Zielen am ehesten gerecht wird.

Wenn bei dieser Lösung auch Verschiebungen innerhalb der Leistungen einzelner Gruppen von Steuerpflichtigen notwendig sein werden, soll das Gesamterträgnis der Vergnügungssteuer durch diese Novelle nicht erhöht werden.

Vorschau auf das Budget der Stadt Wien für 1962

=====

1. Dezember (RK) Der städtische Finanzreferent Vizebürgermeister Slavik und der Amtsführende Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen Schwaiger legten heute im "Presseclub Concordia" den in- und ausländischen Journalisten den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien und die Wirtschaftspläne der Städtischen Unternehmungen für das Jahr 1962 vor.

Hoheitsverwaltung: 6.407,449.700 S Einnahmen - 6.596,899.300 S Ausgaben

Der Voranschlag der Hoheitsverwaltung (Verwaltungsgruppen I bis XI) für das Jahr 1962 rechnet mit Einnahmen von 6.407,449.700 S (1961: 5.857,626.200 S) und Ausgaben von 6.596,899.300 S (1961: 6.032,575.500 S). Es ist somit ein Abgang von 189,449.600 S (1961: 174,949.300 S) zu erwarten. Der Abgang beträgt so wie im Jahr 1961 2.9 Prozent der Ausgaben.

Von den Gesamtausgaben entfallen auf den Personalaufwand 31.1 Prozent, auf den laufenden Sachaufwand 40.8 Prozent und auf einmalige Investitionen 28.1 Prozent.

Die Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben werden mit 2.350 Millionen (38.2 Prozent; im Vorjahr 35.7 Prozent) angenommen, das sind um 410 Millionen Schilling mehr als im Voranschlag für das Jahr 1961. Die Einnahmen aus dem Finanzausgleich wurden nicht so optimistisch wie beim Bund, sondern auf Grund der heurigen Einnahmen geschätzt.

Die städtischen Steuern und Abgaben werden für das kommende Jahr mit 1,343,505.000 S, das sind 21.9 Prozent der bereinigten Gesamteinnahmen angenommen. Im Jahre 1961 waren es mit 1.184,080.000 S 21.8 Prozent. Es werden erwartet an Gewerbesteuer 640 Millionen, Lohnsummensteuer 290 Millionen, Grundsteuer 110 Millionen, Getränkesteuer 140 Millionen, Anzeigenabgabe 40 Millionen, Ankündigungsabgabe 10 Millionen usw. Die Ansätze sind auf Grund der Eingänge des laufenden Jahres fast durchwegs höher angenommen. Die Grundsteuer, für die nach einem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes ab 1. Jänner 1962 keine Mindestbeträge mehr vorgeschrieben werden können, wird von 139 Millionen auf 110 Millionen herabgesetzt.

Die Gebühren und sonstigen Einnahmen werden mit 2.451,6 Millionen Schilling angenommen. Davon entfallen allein 572,6 Millionen auf den Leistungsaustausch der Verwaltungszweige untereinander, also um reine Verrechnungsposten.

An Darlehenseinnahmen gibt es die an die Wiener Stadtwerke im Rahmen des Fünf-Jahresplanes für Investitionszwecke weiterzugebende Darlehensrate von 250 Millionen Schilling und um die an Industriebetriebe für die Aufschließung von Industriegelände weiterzugebenden Darlehen der Österreichischen Kommunalkredit AG in der Höhe von 12,342.000 Schilling. Das Restdarlehen an die Österreichischen Bundesbahnen zum Ausbau der Schnellbahn wird von der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien in Höhe von 150 Millionen Schilling unmittelbar gewährt und erscheint daher nicht mehr im Voranschlag der Bundeshauptstadt.

Das Personal

Der Personalaufwand, der im Jahre 1961 mit 1.777,1 Millionen Schilling veranschlagt war, ist durch die Bezugserhöhung des laufenden Jahres und jene um ein Prozent ab 1. Jänner 1962, durch die Gewährung von Säuglings- und Mütterbeihilfen und von Beamtenentschädigungen, durch Änderungen bei den Nebengebühren und durch Erhöhung der Bemessungsgrundlage für Pensionen um elf Prozent auf 1.972,6 Millionen Schilling gestiegen. Nach den Wünschen der Dienststellen des Magistrates wäre das Personal auf 36.012 Bedienstete angewachsen. Durch die strenge Überprüfung des Dienstpostenplanes konnte eine Senkung dieser Zahl um 1.730 erreicht und damit eine Ausweitung des Personalstandes verhindert werden. Gegenüber dem Vorjahr sinkt der Personalstand von 35.062 auf 34.282 aktive Bedienstete. Das ständig vollbeschäftigte Personal ist mit einer Steigerung um acht Bedienstete fast unverändert geblieben. Der Stand des nicht ständig vollbeschäftigten Personals hat eine Verringerung um 32 Personen erfahren. Die starke Verminderung bei den nicht vollbeschäftigten Bediensteten um 756 ist dadurch eingetreten, daß erstmals anstelle der Personenanzahl durch Umrechnung der Stundenverpflichtung auf Vollbeschäftigung ein Jahresdurchschnitt ausgewiesen wird. Allerdings wird festgestellt, daß im Dienstpostenplan keine Vorsorge für neuen Bedarf

durch Eröffnung neuer Kindergartengruppen, durch Inbetriebnahme von Erweiterungsbauten in Spitälern usw. getroffen wurde. Die Postenvermehrung soll in diesen Fällen erst beim tatsächlichen Eintreten des Mehrbedarfes vorgenommen werden. Der Berechnung der Ruhe- und Versorgungsgenüsse ist eine Anzahl von 16.320 Pensionisten zugrundegelegt. Das bedeutet eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 405 Personen.

Der laufende Sachaufwand wird 2.584 Millionen Schilling (40.8 Prozent der Ausgabensumme) betragen. Es handelt sich dabei um die wiederkehrenden Ausgaben für die Heizung, Beleuchtung, Einrichtung, ferner Verbrauchsmaterialien und um die Ausgaben für die Verköstigung in den Anstalten, die Aufwendungen für Arzneien und Verbandsmaterialien, die Erhaltung des Inventars und der Wäsche.

Der einmalige Investitionsaufwand wird mit 1.777,900.000 Schilling (28.1 Prozent der Ausgaben; 1961: 27.1 Prozent) angenommen. Betrachtet man jene Ausgabensätze, die für die Beschäftigung des Baugewerbes und der Baunebengewerbe in Betracht kommen, so zeigt sich, daß aus dem vorliegenden Budgetentwurf 2.281,900.000 Schilling dem Baugewerbe zufließen werden. Es sind dies 182 Millionen an Darlehen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1954, 111 Millionen sonstige Wohnbauförderungsdarlehen, 70 Millionen zinsfreie Instandsetzungsdarlehen, 294,5 Millionen für laufende bauliche Erhaltung der Anlagen, 690 Millionen für den Wohnhausneubau und 934,4 Millionen für sonstige einmalige Bauvorhaben.

Kultur, Volksbildung und Schulen

Die Ausgaben der Verwaltungsgruppe III (Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung) werden mit 373 Millionen Schilling angenommen. An größeren Investitionen sind zu erwähnen: 37 Millionen für den Umbau des Theaters an der Wien, zehn Millionen für die Fortsetzung der Errichtung des Internationalen Studentenhauses in Döbling, 2,4 Millionen für den Weiterbau der Volksheime 10, Arthaberplatz, und 22, Schüttaustraße, drei Millionen für die Umbauten der Volksheime 9, Galileigasse, und 21, Siemensstraße, und eine Million für die Errichtung eines Planetariums.

Für das Modernisierungsprogramm der Wiener Schulen, das bis zum Ende der Legislaturperiode dieses Gemeinderates beendet sein

muß, werden 30 Millionen Schilling für bauliche Erhaltung und 35,4 Millionen Schilling für Neubauten bereitgestellt. Mit insgesamt 22,1 Millionen werden die Schulneubauten 16, Grundsteingasse; 21, Franklinstraße; 21, Siemensstraße, und 23, Mauer, fortgesetzt. 500.000 Schilling werden für die Planung von folgenden Schulneubauten bereitgestellt: 8, Josefstädter Straße; 10, Wienerfeld-West; 11, Enkplatz; 19, In der Krim; und 21, Strebersdorf. Mit einer Million wird ein Zubau zur Schule 22, Eßling, und mit 800.000 Schilling ein Pavillon in 22, Aderklaaer Straße, errichtet. Elf Millionen sind für den Einbau von Zentralheizungen, für die Installationen für Waschanlagen, Physiksäle und Werkstätten bereitgestellt. Bei den Berufsschulen beträgt der Bauaufwand 2,5 Millionen als zweite Rate für das III. Zentralberufsschulgebäude, 2,7 Millionen für den Bau der Berufsschule für Fleischhauer und drei Millionen für den Ausbau der Friseurschule 14, Reingasse-Gurkgasse.

Wohlfahrtswesen

Die Ausgaben der Verwaltungsgruppe IV (Wohlfahrtswesen) stiegen gegenüber dem Vorjahr um 31 Millionen auf 489,5 Millionen. Die anhaltende Geburtenfreudigkeit macht die Bereitstellung von 4,6 Millionen für 18.000 Säuglingswäschepakete notwendig. Der Betrieb der Jugendfürsorgeanstalten und Erziehungsheime wird einen Betrag von 85,1 Millionen erfordern, davon mehr als 19 Millionen für bauliche Herstellungen.

Für Kindergärten, Tageserholungsstätten und Horte werden 116,9 Millionen ausgegeben; das ist um 14,4 Millionen mehr als im laufenden Jahr. Der Neubau von 13 Kindergärten und Horten wird fortgesetzt (20 Millionen Schilling). Neu begonnen werden weitere vier Objekte mit einem Kostenaufwand von 2,4 Millionen.

Der Aufwand der Erwachsenenfürsorge ist mit 128,252.100 trotz der sinkenden Zahl der Dauerbefürsorgten leicht gestiegen, wozu vor allem die Verbesserung der Fürsorgeleistungen beiträgt. Zusätzliche Fürsorgemaßnahmen aus dem Ertragnis der Opferfürsorgeabgabe werden etwas höher wie im Vorjahr sein, nämlich 3,9 Millionen.

Im Rahmen der Landaufenthaltsaktion sollen um einen Betrag von 1,650.000 Schilling ungefähr 2.700 Dauerbefürsorgten ein 14tägiger Landaufenthalt geboten werden.

Die Ausgaben für Blindenbeihilfen werden auf 14 Millionen (1961: 12,9 Millionen) steigen.

Gesundheitswesen

Für die Wohlfahrts- und Krankenanstalten wird mit Einnahmen von 563,6 Millionen und mit Ausgaben von 1.216 Millionen gerechnet, sodaß ein Abgang von 652,4 Millionen Schilling aus Steuermitteln zu decken sein wird. Dieser erhöht sich noch um die Pflegegebühren, die mit 77,5 Millionen vom eigenen Fürsorgeverband übernommen werden müssen, auf 729,9 Millionen.

In den Wohlfahrtsanstalten der Gemeinde Wien wird es im nächsten Jahr 21.100 Betten geben, darunter 14.500 Spitalsbetten, 6.200 Altersheimbetten und 400 Betten in den Lehrlingsheimen. Für die Instandhaltung der zum Teil sehr alten Gebäude werden 33,7 Millionen aufgewendet. Die Kosten der Verbrauchsmaterialien, wie Brennstoffe, Gas und Strom, Lebensmittel, Arzneien und Verbandstoffe, sind mit 205,7 Millionen veranschlagt.

Für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses sind 18 Millionen eingesetzt.

Der Umbau des Lupuspavillons im Wilhelminenspital ist mit vier Millionen, die Erweiterung dieses Krankenhauses mit einer Baurate von 38 Millionen festgesetzt. Der Wiederaufbau des Wohngebäudes B im Franz Josef-Spital wird weitere 5,7 Millionen erfordern. Der Umbau des Pavillons H wird mit fünf Millionen fortgesetzt werden.

In der Krankenanstalt Rudolfstiftung wird der Umbau des Saales 29,2 Millionen kosten. Im Elisabethspital wird die Prosektur neu gebaut (fünf Millionen). In der Heil- und Pflegeanstalt Am Steinhof sollen mit 4,7 Millionen der Umbau des Pavillons 13 begonnen werden. Für die Einrichtung des Erweiterungsbaues im Wilhelminenspital sind 10,5 Millionen bestimmt.

Insgesamt werden für bauliche Herstellungen in den städtischen Wohlfahrts- und Krankenanstalten 132,7 Millionen und für Inventaranschaffungen 23,9 Millionen ausgegeben werden.

2,28 Milliarden für das Baugewerbe und die Baunebengewerbe

Die Ausgaben der Verwaltungsgruppe VI (Bauangelegenheiten) werden mit 1.299,6 Millionen (1961: 1.073,8 Millionen) angenommen.

Werden die aus den einzelnen Verwaltungsgruppen für die Sicherung der Vollbeschäftigung im Baugewerbe und in den Baunebengewerben in Betracht kommenden Ansätze zusammengezogen, ergibt dies eine Summe von 2,28 Milliarden Schilling (1961: 1,96 Milliarden Schilling).

Der Voranschlag für das kommende Jahr sieht Mitteln für den Bau von etwa 12.000 Wohnungen vor. Sie verteilen sich auf: eigenes Wohnbauprogramm 4.000 Wohnungen, Zusatzdarlehen 2.640 Wohnungen, aus der Wohnbauförderung 1.340 Wohnungen und schätzungsweise 4.000 Wohnungen der Neuen Wiener Wohnbauaktion.

Zu den größeren Bauvorhaben der Verwaltungsgruppe VI gehören:

Straßenbau: Fußgängerpassage Operngasse - Umbau der Lastenstraße. Abschlußarbeiten auf dem Döblinger Gürtel - Breitenfurter Straße - Prager Straße - Floridsdorfer Hauptstraße - Am Spitz - Hubertusdamm von der Reichsbrücke bis Bruckhaufenstraße - Altmannsdorfer Straße usw.

Brücken- und Wasserbau: Heiligenstädter Brücke - Umbau der Nordwestbahnbrücke als dritte Strombrücke in der Verlängerung über den Donaukanal - Straßenbrücke in der Verlängerung des Döblinger Gürtels zur Adalbert Stifter-Straße - Umbau der Hietzinger Brücke - Umbau der schienengleichen Kreuzung an der Brünner Straße - Fortsetzung der Liesingbach-Regulierung und des Ausbaues der Donauhäfen Freudenau, Albern und Lobau.

Gärten: Errichtung eines Donauparkes im 21. und 22. Bezirk - Fortsetzung der Ausgestaltung des Volksparkes auf dem Laaer Berg - Grünanlagen an beiden Ufern des Donaukanals - Umgestaltung des Schweizer Gartens anlässlich Schnellbahnbau - Fortsetzung der Errichtung eines Gewächshauses im Berufsschulgarten Kagran.

Für den Umbau und Neubau der öffentlichen Beleuchtung werden 14,2 Millionen Schilling, für die Elektrifizierung der Gasbeleuchtung als letzte Rate 6,8 Millionen Schilling ausgegeben. Für die Ausgestaltung der Friedhofsanlagen sind 4,4 Millionen Schilling vorgesehen. 15 Millionen stehen für den Neubau und Er-

gänzung von Verkehrslichtsignalanlagen bereit. Die Verwaltungsgruppe VII (Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten) wird damit über einen Gesamtbetrag von 153,5 Millionen Schilling verfügen, das ist um 18 Millionen mehr als für 1961.

Der Voranschlag für die Verwaltungsgruppe VIII (Öffentliche Beleuchtung) hat sich gegenüber heuer um 16,5 Millionen auf 686,3 Millionen erhöht. Die wichtigsten Ausgaben sind:

Kanäle in städtischen Wohnhausbauten 16,9 Millionen, Weiterbau des Kaiser-Ebersdorfer Sammlers drei Millionen, sonstige Kanalbauten 23,1 Millionen.

Wasserwerke: für das Grundwasserwerk Lobau 18 Millionen, für den Beginn der III. Wasserleitung 6,5 Millionen, für den Ausbau des Rohrnetzes 15 Millionen, für den Bau des Behälters Wolfersberg 2,3 Millionen, für den Umbau des Sägewerkes Hirschwang 2,5 Millionen.

Bäder: für den Baubeginn des Floridsdorfer Warmbades mit Schwimhalle auf dem Ringelseeplatz eine Million, für die Schwimhalle im Theresienbad 1,6 Millionen, für zwei neue Kinderfreibäder in der Reinlgasse und in Strebersdorf 2,7 Millionen, für die Modernisierung des Amalienbades 1,9 Millionen usw.

Stadtreinigung und Fuhrpark: für diese Magistratsabteilung wurden 60,2 Millionen Schilling für Investitionen bereitgestellt, wovon 37,3 Millionen als Baurate für die Müllverbrennungsanlage in Ottakring entfallen.

Bei der Verwaltungsgruppe IX (Wohnungswesen) steigen die Einnahmen der städtischen Wohnhäuser auf 217,6 Millionen (1961: 189 Millionen); die Ausgaben auf 268 Millionen (1961: 241,7 Millionen). Für die laufende Erhaltung sind 62 Millionen und für die Verbesserung der Waschküchen weitere 2,1 Millionen vorgesehen. Wäschereien und Badeanlagen in den städtischen Wohnhäusern rechnen mit einem Abgang von 2,3 Millionen.

Bei der Verwaltungsgruppe X (Wirtschaftsangelegenheiten) ist zu bemerken, daß der allgemeine Sachaufwand der Dienststellen der Hoheitsverwaltung durch Strom, Kanzleierfordernisse, Telefon und Miete für die Lochkartenanlagen mit 30,6 Millionen angenommen wird.

Die Märkte werden für bauliche Herstellungen und die Anlagen-erhaltung 11,1 Millionen ausgeben. Die Verlegung und der Umbau des

Vorgartenmarktes wird 3,7 Millionen, der Umbau des Hannovermarktes drei Millionen beanspruchen.

Bei den Schlachthöfen wird die Anlagenerhaltung mit drei Millionen angenommen. Für umfangreiche größere Arbeiten im Rinder- und Schweineschlachthof und im Auslandsschlachthof werden vier Millionen zur Verfügung stehen.

Bei der Verwaltungsgruppe XI (Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten) werden die Ausgaben der Feuerwehr einschließlich der Personalkosten 99,6 Millionen betragen. Für größere bauliche Herstellungen sind 7,3 Millionen veranschlagt. Davon entfallen zwei Millionen als Baurate für den Neubau der Feuerwache Rudolfshügel und drei Millionen für den Neubau der Feuerwache Stadlau. Weiter werden größere Arbeiten in verschiedenen Feuerwachen durchgeführt werden. Für Kraftfahrzeuge, Maschinen, Geräte und Nachrichtenanlagen sind 3,9 Millionen vorgesehen.

Für Grundkäufe zur Sicherung des kommunalen Wohnungsbauprogrammes und zur Schaffung von Grünflächen sind für das kommende Jahr 75 Millionen veranschlagt. Sollten sich jedoch günstigere Kaufmöglichkeiten bieten, werden für diesen Zweck weitere Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Der Beitrag für die Kosten der Bundespolizei wird 97,6 Millionen betragen.

- - -

Die Wiener Stadtwerke im Jahre 1962

=====

1. Dezember (RK) Die Wiener Stadtwerke können für das Jahr 1962 erstmalig mit einem fast ausgeglichenen Budget aufwarten. Es ist den gemeinsamen Bemühungen gelungen, einen Wirtschaftsplan aufzustellen, der sich wesentlich von den Wirtschaftsplänen der vergangenen Jahre unterscheidet. Zugestandenermaßen sind die Ansätze in den Voranschlägen der einzelnen Teilunternehmungen vielleicht etwas optimistisch erstellt, doch war man hierzu durch den nicht ungünstigen Abschluß des Wirtschaftsjahres 1960 berechtigt.

Der Voranschlag der Wiener Stadtwerke weist bei einem Gesamtaufwand von 3.294,9 Millionen Schilling und Gesamteinnahmen von 3.286,1 Millionen einen Gebarungsabgang von nur 8,8 Millionen aus, das sind 0,27 Prozent des Gesamtaufwandes. Er ist gegenüber dem Voranschlag 1961 um nicht weniger als 174,7 Millionen Schilling und gegenüber dem Abschluß 1960 um 110,2 Millionen günstiger. Der Gebarungsabgang des laufenden Wirtschaftsjahres 1961 betrug im Voranschlag 183,5 Millionen Schilling, das sind 6,28 Prozent des Gesamtaufwandes, der Abschluß des Jahres 1960 brachte einen Abgang von 119 Millionen Schilling, das sind 4,2 Prozent des Gesamtaufwandes.

Die Gesamteinnahmen der Wiener Stadtwerke steigen gegenüber dem Budget 1961 um insgesamt 362,2 Millionen Schilling, die Aufwandsteigerung gegenüber 1961 beträgt 187,9 Millionen Schilling. Aus der Differenz zwischen dem Mehrerlös von 362,6 Millionen Schilling und dem Mehraufwand von 187,9 Millionen Schilling ergibt sich die oben erwähnte Verbesserung von 174,7 Millionen gegenüber dem Budget 1961. Der Abgang von 8,8 Millionen Schilling verteilt sich auf die vier Teilunternehmungen folgendermaßen:

Die E-Werke weisen einen Gewinn von 40,6 Millionen Schilling, die Gaswerke weisen einen Verlust von 4,6 Millionen, die Verkehrsbetriebe weisen einen Verlust von 45 Millionen und die Bestattung weist einen Gewinn von 0,2 Millionen Schilling aus.

./.

Die Subventionen der E-Werke und Gaswerke an die Verkehrsbetriebe werden sich im Jahre 1962 auf insgesamt 122,5 Millionen Schilling belaufen, von denen 115 Millionen Schilling in der Erfolgsrechnung und 7,5 Millionen Schilling im Finanzplan ausgewiesen sind. Für 1961 waren Subventionen in der Höhe von 170 Millionen Schilling vorgesehen. Würden die im Erfolgsplan 1962 enthaltenen Subventionen von 115 Millionen Schilling (E-Werke 80 Millionen, Gaswerke 35 Millionen) nicht gewährt werden, dann ergäben sich folgende Überschüsse bzw. Abgänge:

Die E-Werke hätten einen Gewinn von 120,7 Millionen Schilling, die Gaswerke hätten einen Gewinn von 30,3 Millionen Schilling, die Verkehrsbetriebe jedoch einen Verlust von 160 Millionen Schilling und die Bestattung hat einen Gewinn von 0,2 Millionen Schilling.

Gesteigerte Produktion bei E- und Gaswerken

Bei den Elektrizitätswerken wird mit einer Steigerung des Stromverkaufes von 1.772 Millionen kWh auf 1864 Millionen kWh im Jahre 1962 gerechnet, das sind um 92 Millionen kWh oder um 5.2 Prozent mehr als 1961. Die außergewöhnlich warme Witterung des vergangenen Winters wirkte sich für das E-Werk sehr nachteilig aus und es dürfte der Ansatz für 1961 von 1.833 Millionen kWh um 60 Millionen kWh unterschritten werden. Trotzdem ist anzunehmen, daß das Jahr 1962 wieder normale Witterungsverhältnisse bringen wird und damit auch das Erreichen des Budgetansatzes für den Stromabsatz gesichert erscheint.

Die Gaswerke präliminieren die für 1962 zu erwartende Gasabgabe mit 610 Millionen Kubikmeter. Auch bei den Gaswerken hat der milde Wettercharakter des Jahres 1961 die Budgetziffer beeinflusst und zu einem Sinken des Heizgasverbrauches geführt. 1961 werden höchstens 580 Millionen Kubikmeter erreicht werden. Für 1962 wird auf Grund der günstigen Konjunkturlage eine 5.2prozentige Abgabesteigerung erwartet und somit die Gasabgabeziffer mit 610 Millionen Kubikmeter veranschlagt, was einer Verkaufsmenge von 592 Millionen Kubikmeter entspricht.

Die Verkehrsbetriebe rechnen gemäß den im Jahre 1961 bis jetzt vorliegenden Ergebnissen mit einem weiteren Rückgang der

Frequenz. Im Schienenverkehr werden 453 Millionen Fahrten (Ansatz 1961: 476 Millionen), beim Autobusbetrieb 22,3 Millionen Fahrten angenommen (Vorjahr 35 Millionen). Zu diesen Ansätzen muß erläutert werden, daß in den 453 Millionen Fahrten für Straßen- und Stadtbahn alle Fahrgäste der peripheren Autobuslinien, die bis 27. März 1961 auf Straßenbahn und Autobus bezahlen mußten und daher doppelt gezählt wurden, mit 12,7 Millionen Fahrten enthalten sind und daher der Ansatz für den Autobusbetrieb um diese Ziffer gegenüber dem Vorjahr vermindert aufscheint. Im ganzen gesehen werden im Wirtschaftsjahr 1962 um 35,7 Millionen Fahrgäste oder um sieben Prozent weniger angenommen als im Wirtschaftsplan für das ablaufende Jahr angenommen wurden.

Die Bestattung hat in ihrem Wirtschaftsplan 1962 die Ansätze für die voraussichtliche Zahl der Bestattungsfälle entsprechend der Normalsterblichkeit gegenüber den Ansätzen des Vorjahres fast unverändert mit 26.950 Fällen angenommen.

Das Personal der Stadtwerke

Die Wiener Stadtwerke präliminieren für 1962 insgesamt 19.958 Bedienstete, von denen 3.991 auf die E-Werke, 2.201 auf die Gaswerke, 13.191 auf die Verkehrsbetriebe und 575 (inklusive der fallweise Beschäftigten) auf die Bestattung entfallen. Gegenüber dem Wirtschaftsplan 1961 ergibt sich eine geringe Gesamtsteigerung um 25 Bedienstete, die aus einer Erhöhung bei den E-Werken um 78 und bei der Bestattung um 23 und einer Verminderung bei den Verkehrsbetrieben um 49 und bei den Gaswerken um 28 resultiert.

Bei den Pensionisten wird ein Rückgang von 19.535 auf 19.310, also um 225 angenommen. Der Gesamtstand an Aktiven und Pensionisten wird somit im Jahre 1962 39.268 umfassen; das sind gegenüber 1961 mit 39.468, um 200 weniger. In den Personalständen der Teilunternehmungen sind insgesamt 57 Jugendliche. Der tatsächliche Stand der Aktiven und Pensionsparteien, ermittelt per 31. Oktober 1961, ist folgender: 19.175 Aktive und 19.301 Pensionisten, wobei bei den Verkehrsbetrieben auf 100 Aktive 109 Pensionisten entfallen.

Die Investitionen

Der Investitionsplan der Wiener Stadtwerke sieht Investitionen in der beachtlichen Höhe von 922,9 Millionen Schilling vor, von denen allerdings 248,2 Millionen Schilling mit einer Sperre belegt werden mußten, sodaß vorläufig insgesamt 674,7 Millionen Schilling zur Durchführung des Investitionsprogrammes zur Verfügung stehen. In diesem Betrag ist die Fortführung der Investitionen aus dem Fünf-Jahresplan inbegriffen, der 1962 zum letztenmal mit einem Geldbetrag von 250 Millionen Schilling in den Wirtschaftsplan eingebaut ist. Für den Fall, daß die Stadt Wien wie im Vorjahr auch 1962 eine Investitionsanleihe aufnimmt, die zum Teil für Investitionen der Wiener Stadtwerke verwendet werden soll, ist vorgesehen, die vorläufigen Sperren wieder aufzuheben.

Im einzelnen investieren: E-Werke 388,7 Millionen, Gaswerke 161,3 Millionen, Verkehrsbetriebe 120,2 Millionen, Bestattung 4,5 Millionen, zusammen 674,7 Millionen.

Gegenüber dem Voranschlag für 1961, in welchem 750 Millionen an freien Beträgen zur Verfügung standen, ergibt sich bei den E-Werken eine Verminderung um 12,8 Millionen, bei den Gaswerken eine Steigerung um 3,5 Millionen, bei den Verkehrsbetrieben eine Verminderung um 66,4 Millionen und bei der Bestattung eine Steigerung um 0,5 Millionen.

Neues Kraftwerk in Simmering

Die E-Werke planen für 1962 Investitionen mit einem Gesamtgelderfordernis von 446,9 Millionen, wovon jedoch 58,2 Millionen gesperrt werden müssen, sodaß für freie Investitionen 388,7 Millionen zur Verfügung stehen.

Ausbau der Kraftwerke (Simmering, Engerthstraße) 38,8 Millionen, Umspann- und Unterwerke 95 Millionen, Leitungsnetze 106,2 Millionen, Energieversorgung der Verkehrsbetriebe 9,7 Millionen, Ortsnetze 12 Millionen, Kundendienst, Zähler 11,2 Millionen, Sonstige Dienststellen 11,8 Millionen: Summe der ordentlichen Investitionen 284,7 Millionen. Außerordentliche Investitionen: 60/64 MW Anlage im Rahmen des Fünf-Jahresplanes 54 Millionen, 100/110 MW Anlage in Simmering 50 Millionen, insgesamt 388,7 Millionen.

Die 60/64 MW Anlage Simmering wird in Kürze den Betrieb aufnehmen und so einen Teil der Steigerung des Strombedarfes decken. Das stete Wachsen der Energieabgabe erfordert weiterhin den Ausbau der Umspann- und Unterwerke, von denen die Werke Eisenstadtplatz, Leopoldstadt, Liesing. und Südost besonders zu erwähnen sind. Begonnen wird mit dem Bau eines neuen Umspannwerkes in Mariahilf.

Ausbau der Gaserzeugungsanlage

Die Gaswerke planen für 1962 Investitionen im Gesamtbetrage von 161,3 Millionen, die sich auf folgende Gruppen verteilen: Werk Simmering 15,6 Millionen, Werk Leopoldau 40,9 Millionen, Rohrleitungen für Wohnhausbauten 7 Millionen, Rohrleitungen für Siedlungen und Randgemeinden 6,4 Millionen, Rohrleitungen wegen Straßenbauten 5 Millionen, Rohrauswechslungen 29,4 Millionen, Gasmesser 15 Millionen.

Im außerordentlichen Investitionsprogramm des Fünf-Jahresplanes: Ausbau der Gaserzeugungsanlage in Simmering 5 Millionen, Ausbau der Gaserzeugungsanlage in Leopoldau 5 Millionen, Ausbau der Rohrleitungen 17,5 Millionen und Ausbau der Gasförderanlagen 2,5 Millionen.

Die ständig steigende Gasabgabe macht in den Werken Leopoldau und Simmering den Ausbau der Gaserzeugungsanlagen erforderlich, wofür im ordentlichen Investitionsprogramm insgesamt 56,5 und aus dem Fünf-Jahresplan 10 Millionen zur Verfügung stehen.

47er, 73er und 165er als Autobuslinie

Bei den Verkehrsbetrieben sind Investitionen mit einem Gesamtgelderfordernis von 310,13 Millionen Schilling geplant, von denen allerdings mangels Bedeckung vorläufig 189,9 Millionen gesperrt werden müssen. Der Bedarf der Verkehrsbetriebe ist im kommenden Jahr deswegen so hoch, weil die Straßenbahnverordnung 1957 den Einbau der Schienenbremsen verlangt, der leider noch nicht ganz durchgeführt werden konnte. Da sich auch ein Teil der alten Wagen für den Einbau der Schienenbremsen nicht eignet, müssen anstelle dieser ausfallenden Wagen neue beschafft werden.

Die freien Investitionen verteilen sich wie folgt:

Ordentliche Investitionen: Substanzerhaltende und verkehrsverbessernde Investitionen 26,36 Millionen, Investitionen, verursacht durch Umbauten des Stadtbauamtes 31,6 Millionen; außerordentliche Investitionen: im Rahmen des Fünf-Jahresplanes 34,12 Millionen, zusätzliche Erneuerung des Wagenparks 28,1 Millionen, Gesamtsumme 120,18 Millionen.

Im Rahmen des Fünf-Jahresplanes sind für die Anschaffung von neuen Großraum-Straßenbahnwagen 27,5 Millionen vorgesehen. Für großräumige Autobusse sind 25,5 Millionen vorgesehen, die allerdings vorläufig gesperrt sind. Das außerordentliche Wagenbauprogramm sieht 82,19 Millionen für die Anschaffung von Straßenbahnwagen vor, von denen ebenfalls 54,09 Millionen unter Sperre liegen. Zur Verkehrserschließung Liesings wäre die Anschaffung von Autobussen in der Höhe von 6,75 Millionen Schilling notwendig, ein Betrag, der ebenfalls mangels Bedeckung unter Sperre liegt.

Für die Stadtbahn ist der Um- bzw. Neubau von 37 Trieb- und 51 Beiwagen vorgesehen.

Im ordentlichen Investitionsprogramm sind zur Anschaffung von 50 Großraumautobussen 35 Millionen vorgesehen, von denen vorläufig 28,7 Millionen gesperrt werden mußten.

Von den größeren Bauvorhaben der Verkehrsbetriebe sei auf den Neubau der Schleife der Linie 25 in Kagran, auf den Umbau der Prager Straße und der Triester Straße hingewiesen. Der Umbau des Bahnhofes Grinzing in eine Autobusgarage wird 1962 fortgesetzt, der Neubau des ersten Teiles der Garage Spetterbrücke wird 1962 vollendet sein.

Die im Zusammenhang mit den Planungen des Stadtbauamtes präliminierten 31,6 Millionen Schilling sind unter anderem für folgende Bauvorhaben vorgesehen:

Umbau der Landesgerichtsstraße 9,6 Millionen, Fußgängerpassage Operngasse 0,4 Millionen, Favoritenstraße-Paulanergasse-Wiedner Hauptstraße 3,4 Millionen, Geiselbergstraße 3,3 Millionen, Hietzinger Brücke 2,6 Millionen, Döblinger Gürtel-Nußdorfer Straße 2,2 Millionen, Brünner Straße, Kreuzung Transitbahn 1,4 Millionen und Prager Straße 6,3 Millionen Schilling.

Die Verkehrsbetriebe hoffen, daß der größte Teil der unter Sperre liegenden Beträge schon im Frühjahr aufgehoben werden kann, wenn die Stadt Wien wie im Vorjahr eine Investitionsanleihe aufnimmt und Beträge daraus auch den Verkehrsbetrieben für die notwendigen Investitionen zufließen werden.

Im Laufe des Jahres 1962 ist beabsichtigt, die Straßenbahnlinien 47, 73 und 165 auf Autobusbetrieb umzustellen, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß die hierfür notwendigen Autobusse und vor allem aber auch die Lenker dazu vorhanden sind.

Die Bestattung sieht Investitionen im Gesamtbetrage von 4,48 Millionen vor, wofür zwei Millionen für den Sargerzeugungsbetrieb Atzgersdorf, 0,68 Millionen für bauliche Herstellungen im Filialnetz, 0,55 Millionen für Kraftfahrzeuge und 1,25 Millionen für Aufbahrungsgegenstände, Uniformen und sonstige Geräte, bestimmt sind.

Die Aufstellung dieses günstigen Voranschlages der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1962 war nur durch die Tariferhöhung vom 27. März 1961 und die damit verbundene Zusage der Hoheitsverwaltung, den Verkehrsbetrieben durch drei Jahre hindurch einen Zuschuß von 100 Millionen Schilling jährlich zu gewähren, möglich. Unter der Voraussetzung, daß die präliminierten Ansätze im wesentlichen eingehalten werden können, wird das Jahr 1962 den Wiener Stadtwerken zwar noch keinen ausgeglichenen Abschluß bringen, der Abgang der Wiener Stadtwerke wird sich aber zumindest in halbwegs erträglichen Grenzen halten.

- - -

Bürgermeister Jonas eröffnete "Viennale"600 gute Bilder warten auf jeden Käufer

1. Dezember (RK) Gestern abend eröffnete Bürgermeister Jonas im Beisein von Vizebürgermeister Mandl und Stadtrat Heller die nun schon traditionell gewordene Ausstellung "Das gute Bild für jeden" in der Wiener Secession. 600 Kunstwerke wurden für diese Verkaufsausstellung ausgewählt, die vom Kulturamt der Stadt Wien gemeinsam mit den Wiener Künstlerverbänden veranstaltet wird.

Eine strenge Jury hat diese Bilder aus einer Zahl von 1.430 eingereichten Werken ermittelt, sodaß der Präsident der Wiener Secession Prof. Meissner in seiner Begrüßungsansprache mit Recht sagen konnte, die diesjährige Ausstellung sei die beste ihrer Art seit Bestehen. Die Preise sind die gleichen wie im Vorjahr, höchstens 600 Schilling. Jeder 50. Käufer darf sich zusätzlich noch eines der ausgestellten Werke gratis mitnehmen. Auch passende Rahmen für die Bilder sind in der Ausstellung um 90 bzw. 155 Schilling zu haben.

Bürgermeister Jonas wies in seiner Begrüßungsansprache darauf hin, daß die Ausstellung "Das gute Bild für jeden" heuer schon zum zwölftenmal stattfindet. Wie erfolgreich der Gedanke war, der vor elf Jahren gefaßt wurde, beweist der Umstand, daß seither 3.951 Werke lebender Künstler verkauft wurden, die einen Erlös von 1,2 Millionen Schilling brachten. Die Gemeinde Wien hat aber neben den materiellen Fragen selbstverständlich die künstlerischen Motive nicht beiseite geschoben. Wir wollten mit dieser Ausstellung, daß das Wiener Publikum für die Werke der zeitgenössischen Künstler aufgeschlossen wird. Wir wollen aber auch, daß die Verbindung zwischen Künstler und Publikum intensiver wird.

Erst das Notwendige, dann das Nützliche und ganz zum Schluß das Schöne, so haben wir in den ersten Nachkriegsjahren gesagt. Heute ist bereits das Schöne notwendig geworden. Man könnte daher diese Ausstellungsserie vielleicht "Viennale" nennen,

als Beweis dafür, wie es den Künstlern gelungen ist, mit ihren Arbeiten in die breitesten Kreise der Wiener Bevölkerung einzudringen.

Mit einem Dank an alle Beteiligten und den besten Wünschen für einen erfolgreichen Verlauf erklärte dann der Bürgermeister die Ausstellung für eröffnet.

- - -

Geehrte Redaktion!

=====

Nach der Eröffnung der neuen Salztorbrücke wird nun der provisorische Steg abgetragen. Seit Anfang der Woche schon darf der Steg nicht mehr passiert werden, weil die Holzteile der Notbrücke entfernt und die Metallverbindung autogen zertrennt werden. Der interessanteste Teil der Abtragungsarbeiten wird sich Montag, den 4. Dezember, um etwa 8 Uhr früh, abspielen. Da werden nämlich die beiden Träger gleichzeitig durch Seilzug nach flußaufwärts und flußabwärts in den Donaukanal gekippt. Hierauf werden die Stahlträger durch schwere Autokräne auf die Vorkaiflächen gezogen.

- - -

Voraussichtlich längere Verkaufszeiten für Lebensmittelgeschäfte am 23. Dezember
=====

1. Dezember (RK) Vertreter des Fischhandels haben gestern im Rathaus den Amtsführenden Stadtrat für Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten Sigmund in einer Besprechung darauf hingewiesen, daß es dem Personal der Fischgeschäfte nicht möglich sein wird, den Verkauf der Fische am 23. Dezember zufriedenstellend zu bewältigen, wenn die Fischgeschäfte schon um 16 Uhr geschlossen werden müssen. Auch die Handelskammer hat dies in einer Eingabe festgestellt. Da ein Entgegenkommen bei diesem berechtigten Wunsche zu unterschiedlichen Verkaufszeiten im Lebensmittelhandel führen würde, hat Bürgermeister Jonas vorgeschlagen, den Ladenschluß am 23. Dezember für alle Wiener Lebensmittelgeschäfte einheitlich mit 18 Uhr festzusetzen. Am Montag, dem 4. Dezember, findet in dieser Angelegenheit im Rathaus eine Sitzung mit Vertretern der Handelskammer und der Arbeiterkammer statt, von deren Ergebnis es abhängt, ob Bürgermeister Jonas in seiner Eigenschaft als Landeshauptmann eine Verlängerung der Verkaufszeiten am 23. Dezember für alle Lebensmittelgeschäfte anordnen wird.

- - -

Sitzungen Wiener Bezirksvertretungen in der kommenden Woche
=====

1. Dezember (RK) In der kommenden Woche finden folgende Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen statt:

Dienstag, 5. Dezember:

16.00 Uhr, Neubau, 7, Hermannngasse 24-28, 2. Stock
17.30 Uhr, Mariahilf, 6, Amerlingstraße 11, 1. Stock.

Mittwoch, 6. Dezember:

17.30 Uhr, Favoriten, 10, Keplerplatz 5.

- - -